

Waltherstr. 16a, 80337 München

Gesundheitsladen Rundbrief

Nummer 2/2010
30. Jahrgang

Berichte · Dokumentationen · Veranstaltungshinweise



Die Kopfpause bringt noch jeden ins Grubeln.

Spitzenrunde zu „Wildsau“-Eklat

„Die Arbeit der Kommission ist so gut wie erledigt, bevor sie angefangen hat“

MARKUS SÖDER, CSU

Rösler Konzept gegen das Defizit
hielt nur ganze drei Tage –
CSU-Chef Seehofer begrub es.



Rösler trifft Seehofer

„Gurke jagt Wildsau“ - Gesundheitspolitischer Diskurs erreicht neue Sachlichkeit ...

CSU-Minister Söder spricht
von „echten Schicksalstagen
für die Koalition“.

Showdown bei Seehofer



Söders
Notstand

Das Orakel aus München

GESUNDHEITSLADEN
MÜNCHEN e.V.
INFORMATIONS- UND
KOMMUNIKATIONS-
ZENTRUM

WALTHERSTR. 16 A
80337 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 77 25 65
FAX 089 / 725 04 74

http:
www.gesundheitsladen-
muenchen.de
E-Mail: mail@
gesundheitsladen-
muenchen.de

Infothek
Tel: 089 / 77 25 65
Mo - Fr 10 - 13 Uhr
Mo, Do 17 - 19 Uhr

PatientInnenstelle
München
Tel: 089 / 77 25 65
Mo 17 - 20 Uhr
Mi, Do und Fr 10 - 13 Uhr
sowie nach Vereinbarung.

UPD Beratungsstelle
München für Oberbayern
Tel: 089 / 18 91 37 22
Di, Mi, Fr 10 - 14 Uhr
Mi 15 - 19 Uhr

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 700 205 00
Kontonummer 88 87 800

INHALT :

Der Verein 2
GL-intern 3, 4
Gesundheit & Umwelt 4, 5
Berichte 6, 11
BAGP-Rundbrief 7
UPD Oberbayern 8, 9
SZ-forum 10
Mitgliederversammlung 12
Buko-Theater 13
Patientenseite? 14
Rezensionen 15

Impressum

Redaktionsschluß

Rundbrief 3/2010
31.8.2010

Impressum:

Der Rundbrief
ist das Organ des
Gesundheitsladens.

Verantwortlich für Inhalt und Layout:

Petrit Beqiri, Sarah Bille,
Peter Friemelt, Martina
Gandlgruber, Jürgen
Kretschmer, Christina
Krieger, Waltraud
Kröner, Barbara Meng,
Gunhild Preuß-Bayer,
Adelheid Schulte-
Bocholt, Carola Sraier,
Silvi Sterr

Namentlich gekenn-
zeichnete Artikel liegen
in der Verantwortung
des/der jeweiligen
AutorIn, sie geben
nicht unbedingt die
Meinung der Redakti-
on wieder.

Belichtung & Druck:

ulenspiegel druck
gmbh, Andechs,
zertifiziertes Umwelt-
management nach
EMAS,
Recyclingpapier

mit freundlicher Unterstützung der



Landeshauptstadt
München
Referat für Gesundheit
und Umwelt



Materialien

Rundbrief ☐

4 mal im Jahr mit Beiträgen aus
der Vereinsarbeit und aktu-
ellen Gesundheitsthemen.
Jahresabo incl. Porto 8,- €

Broschüren

3,- € (+ Porto + Verpackung 1,- €)

● Patientenrechte—Ärzte- pflichten, Neuauflage 2009 ☐

● Patientenrechte bei ärztli- chen Honorarforderungen ☐

3,50 € (+ Porto + Verpackung 1,- €)

● Informationen rund um die Versorgung mit Zahnersatz ☐

0,50 € (+ Porto + Verpackung 1,- €)

● Zahnersatz 2005: Befundorientierte Festzu- schussregelung ☐

● Tipps für die Anwaltssuche im Medizinrecht ☐

● Einsichtsrecht in Patientenun- terlagen ☐

● Die ärztliche Aufklärung ☐

● Gesetzlich versichert - privat bezahlen? ☐

● Gesundheitsreform 2007 ☐

● Konflikte mit der GKV ☐

● Gesundheitsfonds 2009 ☐

● Arbeitsunfähig - was tun? ☐

● Satzung ☐

Bei Bestellungen unter 3,- €
bitte Betrag in Briefmarken bei-
legen!

**Alle genannten Materialien sind
für Mitglieder kostenlos.**

Angebote

Information

Gesammelt und weitergege-
ben werden Informationen
über Einrichtungen, Selbsthilfe-
gruppen, Veranstaltungen, Bü-
cher und Zeitschriften. Es gibt
eine Bibliothek, einen PC für
Recherche und das Archiv.

Kooperation

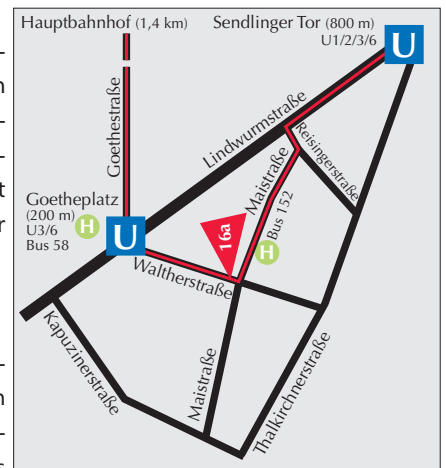
Wir arbeiten mit anderen Initi-
ativen und Facheinrichtungen
kommunal, regional und bun-
desweit zusammen. Besonders
intensiv begleiten wir die Arbeit
der Patientenfürsprecher/innen in
den städtischen Kliniken.

Arbeitskreise

Wir beschäftigen uns unter an-
derem mit folgenden Themen:
Datenschutz im Gesundheitswesen,
medizinische Gutachten, autofrei-
es Wohnen, Hören und Schutz der
Ruhe.
Die Arbeitskreise sind für alle of-
fen.

Webseite

Auf dieser finden Sie aktuelle Pres-
seerklärungen und Terminhinwei-
se, den Rundbrief u.a. in digitaler
Form und links zu anderen Einrich-
tungen.



Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

Vorträge, Seminare, Infostände, He-
rausgabe unserer Zeitschrift, weite-
re Texte und Ausstellungen.

Die Patientenstelle München und
die unabhängige Patientenbera-
tung Oberbayern sind aus Akti-
vitäten des Gesundheitsladens
hervorgegangen. Sie bieten un-
abhängige Beratung, Information
und Orientierung. Der Schwer-
punkt liegt auf der psychosozialen
Einzelhilfe.

Gesundheitsförderung

Im Stadtteil Isarvorstadt und stadt-
weit machen wir Angebote zur Ver-
besserung der Lebenssituation.
Wir organisieren Veranstaltungen
zum »Tag gegen Lärm« und zu
„Wohnen ohne Auto“.

Beitritt

Name:

Adresse:

Monatsbeiträge: Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

3,- € für Nichtverdienende, 5,50 € für mittlere,
10,50 €, wenn möglich 21,- € für höhere Einkommen.

Ja, ich werde Mitglied und zahle folgenden Monatsbeitrag:

Das Geld kann vierteljährlich abgebucht werden:

BLZ:

Kontonummer:

Bank:

Unterschrift:

Datum:

Liebe FreundInnen, Mitglieder und FördererInnen des Gesundheitsladen München,

Der neue Vorstand ist der alte Vorstand

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung (MV), lebhaft und kontrovers diskutierende Mitglieder - nach der Veranstaltung am 20. April gingen wir trotz später Stunde belebt nach Hause. Impressionen in Bildern auf Seite ...

Unser „alter“ Vorstand wurde entlastet und wieder gewählt. Ab sofort haben wir einen Kassenprüfer: Matthias Krebs gibt sich die Ehre.

Die Mitglieder beschäftigten sich hauptsächlich mit den Themen Entwicklung des Vereins und der Vorstands-Aufgaben, Auftritt auf einer Internetplattform und der Etablierung eines wissenschaftlichen Beirats für den GL. Dabei ging das Meinungsspektrum sehr weit auseinander. Deshalb wird eine Arbeitsgruppe verschiedene Möglichkeiten der Umsetzung diskutieren, da-

mit bei unserer Mitgliederversammlung 2011 eine Entscheidung getroffen werden kann. Die Arbeitsgruppe wird sich ein erstes Mal vor den Sommerferien treffen. Sie ist offen für alle Interessierten und Engagierten. Meldet Euch im GL.

Die neue Dekade

Im Juni vor 30 Jahren wurde der GL gegründet. Dieses Jubiläum lassen wir nicht sang- und klanglos verstreichen. Wir wollen feiern. Bitte merkt Euch jetzt schon zwei Termine vor: 26.10.2010 und 11.11.2010. Einer davon wird's werden; wahrscheinlich der Oktober-Termin. Wir laden rechtzeitig ein.

Der neue Bericht über das alte Jahr

Der Sachbericht 2009 samt Finanzbericht wurde der MV vorgelegt und für gut befunden. Der Bericht ist auf unserer Homepage abrufbar. Wer's traditionell

möchte: Anrufen, wir schicken ihn auch zu.



Die neue Runde ab 2011??

Der bestehende Vertrag zwischen der Stadt München (LHM) und dem GL läuft zum 31.12.2010 aus. Derzeit finden Gespräche zur Ausgestaltung des nächsten Vertragszeitraumes von 2011-2013 statt. Den von der LHM geförderten, sozialen Einrichtungen drohen keine Streichungen, d.h. auch für uns wird der Zuschuss auf dem gegenwärtigen Stand eingefroren. Eine bemerkenswerte Entscheidung

der LHM, wenn man bedenkt, dass sie große Einsparungen zu bewältigen hat, so auch das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) selbst.

In der Beratungsstelle für Oberbayern ist nach wie vor noch unklar wie es nächstes Jahr weitergehen wird.

Sommersprechzeiten

Nicht neu sind die Sprechzeiten während der Sommerferien der Münchner Beratungsstelle: Hier fallen die Abendsprechzeiten am Montag und Donnerstag aus. Die Beratungsstelle Oberbayern hat keine veränderten Zeiten.

Die neue Jahreszeit

Endlich sind die Temperaturen geklettert. Der Dauerregen ist versiegt. Wir wünschen Euch einen schönen Sommer und erholsame Urlaubszeiten.

Ihr/Euer GL-Team

Zeit	Thema	Veranstalter	Ort	Info/Anmeldung
10.7. 11-17 h	Grün macht gesünder - Gesundheitstag Süd	Bündnis 90/Die Grünen	Messe Ulm, Böfinger Str. 50, 89073 Ulm	oea@gruene-bundestag.de
16.7., 19.30 h	Von Einer, die auszog, das Fürchten zu (ver-)lernen / Einführung in die Psychotherapie	Frauentherapiezentrum		51 50 48 47
19.7. 10.15 h	Patente auf Saatgut: Am Wendepunkt?	Greenpeace, Misereor, kein Patent auf Leben!, EvB u.a.	Kolpinghaus, Adolf-Kolping-Str.1, München	www.evb.ch/patents-conference
15.7. 17 h	Besuch bei den Autofreien	Wohnen ohne Auto	Messestadt West, Treffpunkt U-Bahnsteig	20 11 898 oder 1891 3720
23.7. 14.30 h	Hör- und Kulturspaziergang von Thalkirchen nach Untergiesing, Enthüllung des Denkmal der Stille	BI „Mehr Platz zum Leben“ und Gesundheitsladen	Start: Gasthaus Siebenbrunn, Alemannenstraße	1891 3720
29.7. 17 h	Worauf muß ich beim Zahnarzt als Kassenpatientin achten?	Gesundheitsladen München	Waltherstr. 16 a, München	772565
28.-31.7. 10 h	Globalisierung in der Medizin	Deutscher Ärztinnenbund	Fürstenberghaus, Dom-platz 20-22, Münster	06182-9466612
30. und 31.7.,	Lotsen für die eine Welt, Bedeutung internationaler Institutionen	Nord-Süd-Forum	EineWelthaus, Schwanthalerstr. 80	85 63 75 23
18./19.9.	Konferenz: global, gerecht, gesund	Medico, gesundheit Berlin-Brandenburg	Berlin	info@medico.de

Telefonsprechstunde der Beschwerdestelle Netzwerk Psychiatrie:

Jeden 1. + 3. Montag im Monat, 16-18 h unter Tel.: 7677 6485.

Zu den übrigen Zeiten ist ein Anrufbeantworter geschaltet. Es erfolgt Rückruf.





Auf der Suche nach der verlorenen Ruhe

Fach-Exkursion zum »Tag gegen Lärm« mit Münchner Forum und Gesundheitsladen

Nach „Straßenlärm“ (2008) und „Schielenlärm“ (2009) stand 2010 das Thema „Ruhige Gebiete“ im Mittelpunkt. Denn die (ULR) verlangt auch Erfassung und Sicherung ruhiger Gebiete. Was aber zeichnet solche Ruhe-Oasen aus? Und was muss getan werden, um sie zu erhalten?

Die Ingenieure Liegl und Karimi vom Büro Möhler erläuterten ein breites Spektrum innerstädtischer Sch(F)allbeispiele.



Am Odeonsplatz hätte man kaum die Begrüßung verstanden, doch hinter dem Eingang zum Hofgarten änderte sich gleich das Klangspektrum. 70 dB(A) zu 55 dB(A) – ein größerer Unterschied, als die Zahlen vermuten lassen.

Der Hofgarten atmete Ruhe, der Ver-

kehrslärm trat zurück und man hörte nun Schritte, Gesprächsfetzen, einen Brunnen und das Klacken der Boulespieler.

Im Innenhof des Landwirtschaftsministeriums plätscherte ein Brunnen mit 60 dB(A) auch nicht gerade leise, „maskierte“ damit aber den Verkehrslärm, der durch die offenen Tore eindringt.

Auf der Ludwigsstraße überfiel einen der Lärm wieder, an der Ecke zur Von-der-Tann-Straße konnte man nicht mal die Messwerte verstehen.

Am Zugang zum Finanzgarten hatte es noch 70 dB(A), nahm aber nach ein paar Schritten schon deutlich ab; optisch und akustisch ab-

geschirmt durch einen mit Hecken bewachsenen Erdwall, hörte man bald nur noch diffuse Reifen-geräusche und immer wieder stö-

rend laute Motorräder.

Motorräder mit hohen Drehzahlen sind deutlich lauter als der übliche Straßenverkehrslärm. Herr Kühne (ehem. LfU) erklärte: Deren Schalldämpfer sind so konstruiert, dass sie beim Prüfzyklus für die Zulassung normgerecht sind. Kaum wird aber das Fahrzeug hochgedreht, geht innen eine Klappe auf und der Lärm steigt enorm an. Die EU-Prüfnormen sind von der Fahrzeugindustrie mitgestaltet.

Bei normalen Pkw hört man selbst im Stadtverkehr nicht mehr die Motoren, sondern das Geräusch der abrollenden Reifen auf der Fahrbahn. Eine wirkliche Lärmminde-

Höchstgeschwindigkeit, für die Reifen ausgelegt werden, herabgesetzt wird. Hier muss man eingreifen, um etwas zu erreichen.

Mit lärmarmen Straßendecken könnte man viel mindern. Solche Beläge sind aber wesentlich teurer als die üblichen Decken, und sie halten bei Stadtgeschwindigkeiten nicht lange.

So bleiben noch regulative Eingriffe, z.B. die Geschwindigkeit herabzusetzen, oder die Verkehrsmengen zu reduzieren. „Unter 30 km/h sind alle Fahrbahndecken außer Kopfsteinpflaster gleich leise“.

Fazit: Lärmprobleme müssen vor allem am Fahrzeug und im Fahretrieb gelöst werden.

Auf der lärmabgewandten Seite des Finanzgartens hörte man die Vögel zwitschern, und eine Landschaft mitten in der Stadt vermittelte Ruhegefühle. Die hier gemessenen 51 dB(A) wären für ein Schlafzimmer eindeutig zu laut, hier aber hatte man tatsächlich den Eindruck einer Ruhe-Insel.

Am Brunnen vor der Staatskanzlei (63/64 db (A)) vorbei ging es zur Einfahrt in den Altstadt-Tunnel mit 6 Fahrspuren und praktisch durchgehendem Verkehrsfluss. Der Schallpegel betrug 70 db (A), mit Punkten auf der Skala beurteilte die Gruppe ihre Empfindungen.

Nahe dem Köglmühlbach, der hier mit einem kleinen Wasserfall direkt unterhalb der Straße in den Englischen Garten fällt, maß man ebenfalls 70 db (A), nicht gerade ideal, doch empfanden es alle als deutlich angenehmer als oben auf der Straße. Ein Ort, der für Gespräche zu laut ist, an dem aber mancher sich ein Lesestündchen vorstellen konnte.

Laut ist also nicht gleich Lärm – Wasserrauschen könnte durchaus

zu einer besseren Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum beitragen – wenn es nicht zu laut rauscht: So berichtete Herr Bäumler vom St.-Anna-Platz, wo man den Stadtbach nicht geöffnet hat, weil er nach der Lärmschutzverordnung zu laut gewesen wäre.

Tatsächlich gibt es neuerdings Ansätze, Lärmprobleme, die man nicht anders lösen kann, durch sog. „Sound-Design“ zu übertünchen, also störenden Lärm durch scheinbar angenehmeren Lärm zu überlagern. Reicht also eine optische Abschirmung und das Einspielen von Naturgeräuschen zur Aufwertung der Stadt oder würden Lärmschutzwände die bessere Lösung sein?

Die Münchner brauchen und schätzen ihre Ruhe-Oasen. Auch wenn sie nicht übermäßig still sind, man muss sich dort wohl und sicher fühlen. Sie müssen nicht unbedingt weitläufig sein, aber sie müssen hörbaren Abstand vom lauten Alltag bieten. Sie bedeuten mitten in der Stadt Lebensqualität. Eine zunehmende Verlärmung darf nicht hingenommen werden.

Diese Exkursion hat hoffentlich für das Thema „Schutz der Ruhe“ sensibilisiert und dazu motiviert, sich aktiv an der Öffentlichkeitsphase zur Lärminderungsplanung in München zu beteiligen.



Gleich laut, unterschiedlich störend, Tunnelfahrt und Wasserfall.



EU fordert - München reagiert: Endlich: Lärminderungsplanung

Lärm macht die Städte unwirtlich und belastet die Gesundheit. Am Lärmschutz fehlt es auf Bundes-Landes- und kommunaler Ebene, in Regelungen wie im Vollzug. Die EU fordert mit der „Umgebungslärm-Richtlinie“ (ULR) von 2002, Lärmbelastungen in allen EU-Staaten in vergleichbarer Weise darzustellen und unter effektiver Mitwirkung der Öffentlichkeit Lärminderungspläne zu erarbeiten.

Nach der Veröffentlichung der Lärmkarten (2008: Verkehrslärm Straße und Tram) beginnt die Beteiligungsphase. Im Juli ist eine Information des Stadtrates und der Fachöffentlichkeit vorgesehen, im Herbst sollen alle Münchner zu Wort kommen.

Die Einheit DeziBel, mit der Lärm in der Regel gemessen wird, verläuft logarithmisch. Der Zusatz A oder C weist auf unterschiedliche Bewertungen der verschiedenen Frequenzen hin. A entspricht im eher leisen Bereich dem menschlichen Hörvermögen, C legt mehr Gewicht auf die Wahrnehmung lauter tieffrequenter Geräusche. 10 dB(A) mehr bedeuten gefühlt ungefähr den doppelten Lärm, eine Verdreifachung des Schalldrucks und eine Verzehnfachung der Schallenergie. Der Unterschied von 1 zu 4 oder von 1000 zu 4000 Autos ist 6 dB.

0 dB(A) ist das leiseste, was ein gutes Gehör noch wahrnimmt, bei ganz normalen Gesprächen wird schon 60-65 dB(A) erreicht. Pegel von 90 – 95 dB(A) sind in einem Oktoberfestzelt normal, doch auf Dauer droht Schwerhörigkeit, weshalb im Arbeitsschutz schon ab 80 dB(A) Lärmschutz notwendig wird. Doch mit diesen physikalischen Größen ist das „Empfinden“ von Lärm nicht hinreichend erfasst.

Es geht nicht nur um Information, sondern um eine Weichenstellung für die zukünftige Lebensqualität. Wird man uns Bürger in all unseren vielschichtigen und widersprüchlichen Bedürfnissen ernst nehmen? Wird man uns Zeit und Unterstützung geben, gemeinsam gute tragfähige Lösungen zu erarbeiten? Lösungen, die dann, wie gute Kompromisse, von allen akzeptiert und eingehalten werden?

Nutzen Sie alle diese Chance und bringen sich mit Ihren Anliegen und Wünschen, mit Ihren Erfahrungen und Ihrem Wissen in diesen Prozess ein. Wir laden im Herbst unsere Mitglieder und Partner ein, eine Stellungnahme des GL zu erarbeiten. Melden Sie sich doch schon jetzt, wenn Sie Interesse haben, dann senden wir Ihnen frühzeitig die notwendigen Unterlagen.

Weitere Infos regelmäßig auf unserer Homepage.

ASZ Isarvorstadt hat nun Induktionsschleife

Mit einer gemeinsamen Veranstaltung wollen wir das unsere dazu tun, damit sie vielen Schwerhörigen bekannt wird. Wir sind noch am Planen, vielleicht kann sie schon am 8. September stattfinden. Näheres auf unsere Internetseite.



Unnötiger Lärm

Warum stellt die Bahn Züge mit laufenden Aggregaten ab? Das wollen die Aktiven der ILI ändern und konnten an ihrem Infostand in Trudering schon von ersten Erfolgen berichten.



Impressionen vom »Tag gegen Lärm«



Lärmschutz aus Stroh

Keine städtebauliche Lösung, aber ein Hingucker und Hinhörer für die Anwohner der Verdistrasse, errichtet von der Bürgerinitiative Boulevard Verdi-Allee. ASZ Obermenzing, GreenCity und Wohnhilfe e.V.

Hyperakusis

Ich hör etwas, was Du auch hörst, mich stört etwas, was Dich nicht stört. Das ist das Dilemma der Geräuschüberempfindlichen. Im Vortrag von Frau Löwensprung konnten sie Verständnis für sich und andere gewinnen und erhielten erste Hilfen, sich mit ihrer Andershörigkeit auszusöhnen.

Was noch?

Mehr dazu unter gl-m.de -> Ruhe und Lärm
Siehe auch „Termine“



113. Deutscher Ärztetag in Dresden

Gesundheitsminister Rösler wird auf dem 113. Deutschen Ärztetag mit Beifall begrüßt, so berichtet der Vorsitzende des vdÄÄ, Prof. Dr. Wulf Dietrich.

Rösler legte zwar das im Koalitionsvertrag niedergelegte gesundheitspolitische Konzept der schwarz-gelben Regierungskoalition dar, erwähnte aber die Kopfpauschale mit keinem Wort.

Im ersten Tagesordnungspunkt, der Aussprache zu gesundheitspolitischen Themen, formulierte der Vorstand einen Leitantrag, mit dem er weit hinter das vor zwei Jahren verabschiedete „Ulmer Papier“ zurückfiel. Damals war in der Präambel beschlossen worden: „Im Bewusstsein, dass das Gesundheitswesen keine Gesundheitswirtschaft oder Industrie ist, dass Ärzte keine Kaufleute und Patienten keine Kunden sind, dass Gesundheit und Krankheit keine Waren und Wettbewerb und Marktwirtschaft keine Heilmittel zur Lösung der Probleme des Gesundheitswesens sind, dass Diagnose und Therapie nicht zum Geschäftsgegenstand werden dürfen, beschließt der 111. Deutsche Ärztetag die gesundheitspolitischen Leitsätze der Ärzteschaft, das „Ulmer Papier“.

Ganze zwei Jahre später wird die Gesundheitswirtschaft als bestehende und zu erhaltende Notwendigkeit akzeptiert: „Der (113.) Deutsche Ärztetag stellt mit Nachdruck klar, dass ein stabiler erster Gesundheitsmarkt, der die medizinisch notwendige Versorgung der GKV- und PKV-Versicherten abdeckt, die wichtigste Voraussetzung für ein sozial ausgewogenes Gesundheitswesen und der entscheidende Motor für die Innovations- und Wirtschaftskraft des Gesundheitssektors ist.“ Da wird der Markt als wichtigste (!!!) Voraussetzung für ein ausgewogenes Gesundheitswesen gepriesen! Einen Punkt hebt Dietrich positiv hervor: Obwohl in mehreren Anträgen versucht wurde, die Kostenerstattung als Regelabrechnung für die Kassenärzte zu fordern, wurde diesem Weg, wie schon im vergangenen Jahr, eine deutliche Absage erteilt.

An weiteren Tagesordnungspunkten war von Interesse: Die Versorgungsforschung, die Weiterbildungs- und die Diskussion über Patientenrechte. Letzterer war auffallenderweise so formuliert, als bestünden an die Ärzteschaft gar keine Ansprüche: „Patientenrechte - Anspruch an Staat und Gesellschaft“... Die Ärzteschaft hat demnach nichts damit zu tun. Vizepräsident Montgomery stellte klar, dass es keiner gesetzlichen Regelung bedürfe. Das eh schon geübte Recht, z.B. in der Berufsordnung, solle lediglich als Rechtsnorm in einem Gesetzesbuch systematisch zusammengefasst werden. Tatsächlich besteht jedoch eine große Kluft zwischen dem Recht auf dem Papier und der täglichen Realität in Praxis und Klinik. Dietrich merkt weiter an, dass bei

der Diskussion des Tätigkeitsberichtes praktisch alle Anträge zu Menschenrechtsfragen angenommen wurden. Ein Ärztetag, der gemischte Gefühle auslöste: Viele Diskussionen, kein genaues Hinschauen. (Quelle: VdÄÄ-Rundbrief Nr. 2/2010) wk

Patient statt Profit – Ärzte für ein solidarisches Gesundheitswesen



Podiumsdiskussion des VdÄÄ im Rahmen des 113. Deutschen Ärztetages in Dresden

Der VdÄÄ wollte auf dem Ärztetag zeigen, dass nicht alle Mediziner die politische Meinung von Gesundheitsminister Dr. Philipp Rösler nach weiterer Ökonomisierung im Gesundheitswesen teilen. So lud der VdÄÄ zu einer Podiumsdiskussion ein, um gemeinsam die Bedeutung der Reformpläne Röslers zu beleuchten. Ziel war die Darstellung der wirklichen Probleme im Gesundheitswesen und das Aufzeigen von solidarischen Lösungen, die nicht einfach mehr Geld ins System pumpen, sondern nach „gesunden“ Einsparmöglichkeiten in überversorgten Bereichen sucht. Hierfür sprachen vom Podium Prof. Dr. Wulf Dietrich, Vorsitzender des VdÄÄ, Dr. Hans-Ullrich Deppe (klinischer Kardiologe München), Jörg Trinogga (AOK Brandenburg), Elke Keiner (Volkssolidarität Dresden) und Carola Sraier (BAGP München). Jeder Podiumsteilnehmer schilderte aus seinem bzw. ihrem Blickwinkel die größten aktuellen Versorgungsschwierigkeiten und gab ein Blitzlicht zur Veränderung der Situation durch die geplanten Röslerre-

formen ab. Man hatte leider den Eindruck, dass das Publikum über verschiedene Reformvorschläge gar nicht informiert war bzw. die Tragweite der Veränderungen nicht beurteilen konnte. So mussten beispielsweise Überversorgungsbereiche genau aufgezeigt und Begriffe wie Kostenerstattung oder Kopfpauschale erklärt werden. Das war insofern bitter, weil am Folgetag auf dem Ärztetag über einen Antrag zur Einführung der Kostenerstattung abgestimmt werden sollte. (Zum Glück ging der Antrag aber nicht durch.)

Die Diskussion zwischen Podium und Publikum kam leider nicht richtig in Schwung, zumal eine Gruppe junger Sozialistinnen penetrant Wortmeldungen zur Staatsverschuldung, Bankwesen und zur Wirtschaftskrise anmeldeten. Dennoch ist es gut gewesen, dass der VdÄÄ vor Ort war und sich auch auf dem Theaterplatz vor der Semperoper als Röslerreformgegner zeigen konnte. Mehr solche engagierten Menschen braucht das Land!

Carola Sraier

BAGP-Rundbrief 2.10

BAGP unterstützt Patientenbeauftragten der Bundesregierung Wolfgang Zöller bei der Durchsetzung eines Patientenrechtegesetzes

Berlin 21.5.2010

In Berlin trafen sich VertreterInnen der BAGP mit dem Bundespatientenbeauftragten Zöller. Die BAGP überreichte ihm knapp 1000 Unterschriften von BürgerInnen, die für ein Patientenrechtegesetz eintreten. Gregor Bornes, Sprecher der BAGP, meinte dazu: „Seit über 20 Jahren fordert die BAGP ein zusammengefasstes Patientenrechtegesetz. Wir freuen uns, dass Herr Zöller das jetzt konkret angeht.“

Seit 1990 veröffentlichte die BAGP fünf Auflagen ihrer Broschüre „Patientenrechte – Ärztepfllichten“.

Besonders erfreulich finden die VertreterInnen der BAGP, dass nach Zöllers Vorstellungen neben

den Rechten der Einzelnen auch die Patientenbeteiligung, die politische Vertretung von Patienteninteressen, im neuen Gesetz Platz finden sollen.

Weitere Themen des Gesprächs waren:

- Die Patientenbeteiligung auf Landes- und Bundesebene, an der die BAGP als anerkannte Organisation beteiligt ist.
- Die verpflichtende Einrichtung von unabhängigen Patientenfürsprechern in allen Krankenhäusern.
- Hierzu gibt es gute Beispiele aus München und Köln, die von der BAGP initiiert und koordiniert werden.
- Die Beteiligung von Patientenvertretern in den Schlichtungs-



Wolfgang Zöller (MdB),
Patientenbeauftragter der Regierung

stellen der Zahnärzte- und Ärztekammern.

- Patientenrückmeldungen ins System bringen: Patientenbeschwerden, die bei den Beratungsstellen oder beim Bundespatientenbeauftragten eingehen, sollen künftig gemeinsam ausgewertet werden, um Verbesserungsvorschläge für die Gesundheitsversorgung zu machen.
- Das Modellprojekt Unabhängige Patientenberatung soll ab 2011 in die Regelförderung übernommen werden.

Bundesarbeitsgemeinschaft
der PatientInnenstellen
(BAGP)

Waltherstr. 16a
80337 München

TELEFON
089 / 76 75 51 31

FAX
089 / 725 04 74

web: www.bagp.de
mail: mail@patientenstellen.de

Sprechzeiten:

Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB



B
A
G
P
Kurzprofil

Seit 1989 bündeln PatientInnenstellen und -Initiativen bundesweit ihre Ressourcen und Kompetenzen, um als BAGP effektiver handeln zu können. Kern der Arbeit ist die Information, Beratung und Beschwerdeunterstützung von Versicherten und PatientInnen bei gesundheitlichen Fragen und Problemen mit Institutionen oder Anbietern im Gesundheitswesen.

Zentrales Ziel der BAGP ist ein soziales, solidarisches, demokratisches, nicht hierarchisches Gesundheitssystem, in dem PatientInnen und Versicherte gleichberechtigte PartnerInnen sind. Die BAGP setzt sich gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen und weiteren BündnispartnerInnen für dieses Ziel ein.

BAGP Info 5
Informationen der
Bundesarbeitsgemeinschaft der
PatientInnenstellen und -Initiativen

**Einsichtsrecht in
Patientenunterlagen**

Ärztinnen, Zahnärzte, PsychotherapeutInnen, Krankenhäuser, Reha-Kliniken und andere Behandlerinnen und Einrichtungen im Gesundheitswesen sind verpflichtet, alle für die Behandlung wichtigen Umstände aufzuzeichnen und diese Dokumentation mindestens zehn Jahre lang aufzubewahren (Dokumentationspflicht). Sie ist Eigentum des Arztes bzw. Krankenhauses.

Sie haben als PatientIn das Recht, Ihre Patientenunterlagen jederzeit – auch ohne Angaben von Gründen – einzusehen, soweit sie objektive Befunde und Aufzeichnungen über konkrete Behandlungsmaßnahmen enthalten. Dieses Recht ist durch Gesetz, Rechtsprechung und ärztliches Berufsrecht seit vielen Jahren gesichert.

Sie haben auch einen Anspruch auf – zumeist kostenpflichtige – Kopien der Unterlagen.

In der Praxis bestehen allerdings nach wie vor oft große Schwierigkeiten, das Recht auf Einsicht auch umzusetzen. ÄrztInnen vermuten dahinter häufig einen Verdacht der Patienten auf einen Behandlungsfehler und reagieren gar nicht oder verweigern die Einsicht mit fadenscheinigen Gründen.

Ein Einsichtsrecht besteht in der Regel auch in Sie betreffende Unterlagen bei Krankenkassen, Rentenversicherungen und Berufsgenossenschaften.

(Wir verwenden abwechselnd die weibliche und männliche Schreibweise, der Text gilt für beide Geschlechter)

SIE ERREICHEN UNS:

Di - Do
13 - 14 Uhr
und AB

50 Cent

Schwerpunktthema BAGP-Rundbrief 3-10:
Patientenvertreter fordern geänderte Bedarfsplanung.
Auf ihrem Treffen Anfang Juni 2010 wurde schwerpunktmäßig über das Thema kleinräumigere Bedarfsplanung bei der Zulassung von ÄrztInnen diskutiert. Darüber wird im nächsten Rundbrief berichtet.

Komplett überarbeitete Neuauflage unserer „Einsichtsrecht-Info“ zu beziehen über die BAGP

UPD-Fortbildung „Komplementärmedizin im Beratungsalltag - Wie integriert ist die integrierte Medizin?“

Ein Kollegeninterview zwischen Carola Sraier und Jürgen Kretschmer

Komplementär- oder Alternativmedizin – was ist damit gemeint?

Wir verstehen unter diesen Begriffen unterschiedliche diagnostische Konzepte und Behandlungsmethoden, die Alternativen oder Ergänzungen zur Schulmedizin darstellen. Dazu gehören u. a. Naturheilverfahren, Körpertherapie, Entspannungsmethoden, Homöopathie, Osteopathie und Akupunktur.

Im Mai hat die UPD einen Fachtag für BeraterInnen zum Thema Komplementärmedizin angeboten. Welche inhaltlichen Schwerpunkte hatte die Veranstaltung?

An diesem Tag ging es hauptsächlich um zwei Fragestellungen. Erstens: Wie steht es um die Evidenz naturheilkundlicher Praxis bzw. der Komplementärmedizin? Und zweitens: Gibt es Möglichkeiten der Kostenübernahme von komplementärmedizinischen Methoden durch die gesetzliche Krankenversicherung?

Für diese zwei unterschiedlichen Komplexe konnten Experten gewonnen werden.

Prof. Dr. Andreas Michalsen lehrt Klinische Naturheilkunde an der Charité Berlin und arbeitet im Immanuel-Krankenhaus Berlin. Was war sein Statement?

In seinem Vortrag ging er auf Evidenz und Praxis von Naturheilkunde bzw. Komplementärmedizin ein. Er stellte auch klar, dass für akute Erkrankungen die Schulmedizin die erste Wahl darstelle. Aber

v. a. bei chronischen Krankheiten könnten mit alternativen Methoden die Symptome gelindert und die Lebensqualität erhöht werden. Daher wäre es wünschenswert in Zukunft „das Beste von Beidem zu nutzen“.



Frau RAin Dr. Oberhauser ist in ihrer Kanzlei auf Sozialrecht spezialisiert – auch für Kostenübernahme komplementärmedizinischer Behandlungsmethoden durch die gesetzliche Krankenversicherung (GKV).

Welche Impulse gingen von ihr in die Veranstaltung?

Fr. Oberhauser legte dar, wie komplementärmedizinische Behandlungsmethoden im Rahmen der Sozialgesetzgebung einzuordnen sind. Nach Klärung der Begrifflichkeiten stellte sie die tragenden



Grundsätze der Leistungserbringung in der GKV den Ausnahmen zur Kostenübernahme für alternative Behandlungen gegenüber. Die Rechtsanwältin stellte eindrücklich dar, dass es nur mit viel Engagement und Hartnäckigkeit im Ausnahmefall zu einer Kostenübernahme an entsprechenden Methoden durch die GKV kommt.

In der Beratungsstelle Oberbayern treten die Anfragen zum Bereich der Komplementärmedizin nur selten auf. Mit



welchen Fragestellungen werdet ihr dabei konfrontiert?

Den Patienten geht es dabei wie im schulmedizinischen Bereich um Klinik- oder Behandlersuche und der Unterstützung zur Kostenerstattung bestimmter Leistungen. Seit der Gesundheitsreform 2007 gibt es Kassen die Wahltarife bzw. Zusatzversicherungen für alternative Heilmethoden anbieten – hierzu besteht auch Beratungsbedarf.

Es kommen also kaum Fragen zur Wirksamkeit bestimmter Methoden. Wohin könnten sich Patienten ggf. mit diesen Fragen wenden?

Zunächst können wir eine Grundberatung anbieten. Weitergehend haben wir erstmal eine „Inhouselösung“ geschaffen, d. h. es gibt einige versierte KollegInnen im Arbeitskreis Komplementärmedizin, welche die Ratsuchenden kontaktieren können. Darüber hinaus müssen weitere Verweisstrukturen noch wachsen. Prof. Michalsen bot auf dem Fachtag an, bei bestimmten Fragenstellungen zu unterstützen.

Wie stellt die UPD sicher, dass die BeraterInnen aktuell informiert sind im Bereich Komplementärmedizin?

Seit fast zwei Jahren gibt es den bereits erwähnten Arbeitskreis Komplementärmedizin. Dieser schreibt Infobriefe und Beraterinformationen und steht kollegial für Fragestellungen zur Verfügung.

Ein spannender Beratungsbereich. Vielen Dank für den kurzen Einblick.

7. Fürstenfelder Gesundheitstage mit der UPD

Am 12./13. Juni fanden in Fürstenfeldbruck Gesundheitstage mit dem Motto „Gesundheit neu entdecken“ statt. Die RBS Oberbayern nahm an der Veranstaltung mit Infostand, Patientenrechte-Ausstellung und dem Vortrag „Gesetzlich versichert – privat bezahlen“ teil.

Unseren neuen Pavillon teilten wir mit der oberbayerischen Selbsthilfegruppe für Zöliakie, Christa Porer.

Die Besucher der Gesundheitstage haben sich über unser Beratungsangebot informiert und direkt Fragestellungen z. B. zu Zahnersatz, Rehabilitation oder Vorsorge dokumenten klären können. Auch unser Infomaterial fand ein breites Publikum.

Auf dem Gesundheitsmarkt präsentierten sich rund 90 regionale und überregionale Anbieter verschiedener (Gesundheits-)Dienstleistungen oder Produkte. So waren z. B. Krankenkassen, Apotheken, Frauennotruf, das Klinikum Fürstenfeldbruck und der Zahnärztliche Bezirksverband vor Ort. Die Aussteller boten 80 Vorträge, Workshops und Diskussionen mit renommierten Experten an. Der Eintritt war für die Besucher kostenfrei.

Bei schönem Wetter am Samstag waren viele Menschen unterwegs, um sich auf dem Gesundheitsmarkt umzusehen und das vielfältige Angebot zu nutzen.

Unser Engagement in Fürstenfeldbruck hat sich auf jeden Fall gelohnt, denn zahlreiche Kontakte konnten vertieft oder neu geknüpft werden. Vielen Dank für die Einladung unserer Beratungsstelle und die überaus gute Kooperation mit der Selbsthilfegruppe Zöliakie.

Sarah Bille



Einladung zu einer Diskussionsveranstaltung



Anforderungen an eine solidarische Gesundheitsversorgung - Patient oder Profit?

am Mittwoch, den 21. Juli 2010
um 19.00 Uhr
in Rosenheim, AOK-Geschäftsstelle, Luitpoldstr. 1
Seminarraum Nr. 124, 1. Obergeschoss

Es diskutieren mit Ihnen:

Karin Woltmann, Selbsthilfekontaktstelle Rosenheim
Carola Sraier, Unabhängige Patientenberatung Deutschland UPD,
Beratungsstelle München für Oberbayern
Lorenz Ganterer, Gewerkschaft ver.di

Moderation: **Dr. Peter Scholze**, Kassenärztliche Vereinigung Bayern

Wir laden alle Interessierten herzlich ein, zu einer gemeinsamen Diskussion und Formulierung von Anforderungen an die Politik.

Peter Selensky
Vorstandsvorsitzender
Diakonie Rosenheim

Peter Friemelt
Gesundheitsladen München
Träger UPD-Beratungsstelle Oberbayern

Günter Zellner
DGB Regionsvorsitzender



Unabhängige
Patientenberatung
Deutschland | UPD
Beratungsstelle
München für
Oberbayern



Unabhängige
Patientenberatung
Deutschland | UPD
Beratungsstelle
München für
Oberbayern

Außenberatungstermine in Rosenheim

Unsere Beratungstermine für das 2. Halbjahr 2010

12. 07. 2010
13. 09. 2010
11. 10. 2010
08. 11. 2010

Sie erreichen uns per Telefon unter 08031-2087793

oder persönlich:
zu. o. g. Terminen von
14 -17 Uhr, Klepperstr. 18,
83026 Rosenheim

Schlank und schön um jeden Preis? Der gefährliche neue Körperkult Podiumsdiskussion des Gesundheitsforums der SZ in Zusammenarbeit mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt der Stadt München am 17.06.2010 um 19 Uhr im Alten Rathausaal.

Ist Schönheitschirurgie „Psychotherapie mit dem Skalpell“ wie eine Teilnehmerin der Podiumsdiskussion es ausdrückte? Experten aus Medizin, Pädagogik, Theologie und Mode äußerten sich dazu.

Diskussionsleiterin Dr. Monika Dorfmueller, Klinische Psychologin, begann ihre Einführung mit dem Hinweis, dass die Beschäftigung mit Körperbildern und Schönheitsidealen nicht nur den Bereich der Medizin betreffe, sondern schon immer auch Teil von Kunst und Kultur gewesen sei. Zugespielt habe sich durch die zunehmenden technischen Möglichkeiten der Medizin, den Einfluss der Massenmedien und die Ökonomisierung des Alltags schon im frühen Lebensalter, das Streben nach



„Schlank und schön um jeden Preis?“ Der gefährliche neue Körperkult

Schönheit als oberste Priorität. Der Körper als Ware, der im sozialen Marktgeschehen Vorteile z.B. bei der Partnerwahl und auf dem Arbeitsmarkt bringe. Doch wohin mit älteren, kranken oder behinderten Mitmenschen, die in Zukunft einen immer größeren Teil der Bevölkerung ausmachen?

Vom Beispiel einer jungen Patientin berichtete Dr. Freisleder, Direktor der Heckscher Klinik für Kinder- und Jugendpsychotherapie. Die 16-jährige, welche an Anorexie leide, hatte nach der Teilnahme an einer Casting-Show und einer dabei gefallenen, abwertenden Äußerung bezüglich ihres Aussehens, einen Suizidversuch unternommen.

Ergänzend dazu sagte Prof. Deutinger, plastische Chirurgin und Abteilungsvorstand an der Krankenanstalt Rudolfstiftung in Wien, dass auf dem so genannten Schönheitsmarkt immer aggressiver vorgegangen werde. Man versuche, neue Zielgruppen wie Jugendliche zu erschließen und die Veränderung von bisher nicht betroffenen Körperregionen, wie den Genitalbereich, zu bewerben.

Wo das ärztliche Ethos mancher Schönheitschirurgen dabei bleibe? Und ob die Torpedierung von mitmenschlicher und gesellschaftlicher Solidarität und Selbstbestimmung noch wahrgenommen werde? Diese Fragen brachte Prof. Arntz, Moralthologe an der kath. - theologischen Fakultät der Uni Augsburg in die Diskussion.

Sabine Unger, Leiterin der Akademie Mode & Design, und früher als Sozialpädagogin tätig, berichtete vom Umgang ihrer Studenten/innen mit der Norm von Kleidergröße 36 und von auftretenden Essstörungen

bei den angehenden Experten für Modedesign.

Im Sinne der Prävention erläuterte Albert Kapfhammer, Vorstand von Kultur & Spielraum, die verschiedenen Programme und Konzepte, die sein Verein durchführt, um Kindern und Jugendlichen Selbstbewusstsein und Stärke zu vermitteln und sie so zu schützen.

Prof. Deutinger, die sich neben ihrer Tätigkeit als plastische Chirurgin im Wiener Programm für Frauen-

ten im öffentlichen Raum auszuweiten und durch Konsens und Runde Tische Druck auf Politik, Krankenkassen und die Öffentlichkeit auszuüben. Nur durch sachlich fundierte Kritik schon auf kleinster Ebene sei Veränderung möglich.

Die Veranstaltung war leider bei diesem wichtigen Thema relativ spärlich besucht, so dass die vor dem Rathausaal anwesenden Beratungsstellen, einschließlich des GL, nur etwa 70 Teilnehmer/innen

mit Informationen versorgen konnten.

Die Diskutanten auf dem Podium bemühten sich um eine umfassende Darstellung der Problematik und verschiedene Sichtweisen.

Die Frage nach gesellschaftlichen und ökonomischen Hintergründen und Verantwortung von Medien und Politik wurde zwar ausreichend gestellt, mög-

liche Konsequenzen und Forderungen oder Antworten wurden aus meiner Sicht zu wenig angeschnitten und zu wenig couragiert gefordert.

Wie schwierig und begrenzt die Möglichkeiten zur Veränderung zu sein scheinen, zeigte der Hinweis der Leiterin der Privaten Hochschule für Mode und Design. Sie unterstütze zwar Studenten und Studentinnen mit Problemen in diesem Bereich in jeder Hinsicht, an der international gängigen Norm von Größe 36 im Modebusiness könne sie aber leider nichts ändern.

Da es auf Modenschauen auch Größe 32 bis 34 sein kann, bleibt die Frage offen, wer damit beginnt die krankmachenden und menschenunwürdigen Zustände zu verändern ...

Martina Gandlgruber



Gespräche am Infostand

gesundheits engagiert, schlug die Einführung einer psychologischen Beratung vor jedem ästhetischen Eingriff vor.

Der Moralthologe Arntz schlug nochmals den Bogen zur Philosophie und identifizierte die Überhandnahme der Sorge um die eigene Ästhetik und die „Herrschaft des Superlativs“ in vielen gesellschaftlichen Bereichen als Schwierigkeiten des Subjekt, seine Endlichkeit und Grenzen zu akzeptieren und sich als Mensch um seiner selbst willen anzunehmen. Er empfahl den „imperfekten Menschen“ zuzulassen. Die Diskussionsleiterin, Monika Dorfmueller fasste die Aussagen nochmals zusammen und forderte abschließend dazu auf, Beratung und Prävention weiter auszubauen, die Zusammenarbeit aller Beteilig-

Designierter Leiter des IQWiG



Prof. Dr. Jürgen Windeler wird Nachfolger des streitbaren und pharmakritischen Peter Sawicki. Der Vorstand des Stiftungsrates des IQWiG hat sich einstimmig entschieden. Das Bundesgesundheitsministerium muss der Wahl noch zustimmen. Windelers Vita zeigt viele Stationen: Krankenpflege, Medizinstudium, Innere Medizin, Statistik Epidemiologie und Biometrie, Mitglied der Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft, u.a.m. Der Süddeutschen Zeitung (8.6.2010) sagt er: „Das Institut ist ja vor allem dazu da, herauszufinden, was die beste Medizin für die Menschen ist... Wir sind gerade keine Sparkommission. Der Nachfolger des unrühmlich abgelösten Sawicki wird es möglicherweise schwer haben, nicht als „Gefälligkeitsgutachter“ abgestempelt zu werden.“ Wir wünschen guten Biss. wk

Patientenwillen erneut gestärkt

Mit einer Patientenverfügung können Menschen bestimmen, bis zu welchem Punkt sie im Falle einer Krankheit oder eines Unfalls ärztlich behandelt werden wollen. Im Prozess um Grundsatzfragen der Sterbehilfe vor dem Bundesgerichtshof (BGH) stärkte der 2. Strafsenat erneut den Patientenwillen.

Im April 2009 hatte das Landgericht Fulda Rechtsanwalt Wolfgang Putz wegen versuchten Totschlags zu einer Bewährungsstrafe von neun Monaten verurteilt. Er hatte seiner Mandantin geraten, den Schlauch der Magensonde durchzuschneiden, über den ihre im Koma liegende Mutter versorgt wurde. Nachdem der Schlauch durchtrennt war, wurde der Patientin gegen den Willen der Kinder eine neue Magensonde gelegt. Sie starb zwei Wochen später an Herzversagen.

Wolfgang Putz ging in Revision. Das jüngste Urteil des BGH schafft Rechtssicherheit im Spannungsfeld zwischen zulässiger passiver und verbotener aktiver Sterbehilfe. Die Bundesrichter sprachen viel-

mehr von Behandlungsabbruch. Behandlungsabbruch ist immer dann gerechtfertigt, wenn es dem Wunsch der Erkrankten entspricht. Somit spielt es bei der Beurteilung von Sterbehilfefällen künftig keine Rolle mehr, ob ein Beatmungsgerät abgeschaltet oder ein Schlauch gekappt wird. Das Urteil stellt klar, dass der freiverantwortlich gefasste Wille des Menschen in allen Lebenslagen beachtet werden muss. Der Abbruch einer lebenserhaltenden ärztlichen Behandlung ist damit nicht strafbar. Ärzte, Betreuer und Pflegeheime müssen eine lebenserhaltende Maßnahme abbrechen, wenn dies dem Willen der Patientin entspricht, heißt es in dem Urteil. Das gilt auch für den Fall, dass der unmittelbare Sterbevorgang noch nicht begonnen hat. Bislang galt in der Rechtsprechung, dass ein Behandlungsabbruch dann straflos ist, wenn der Sterbeprozess bereits irreversibel eingesetzt hat.

Wolfgang Putz ist freigesprochen.

wk



Ende Juni war es soweit: die Münchner Abendzeitung hat ihren Klinik-Report in einer achteiligen Serie veröffentlicht. Es handelt sich um eine Kooperation von AZ, Techniker Kasse und Gesundheitsladen. Der komplette Report incl. aller Aktualisierungen findet sich auf unserer Webseite www.gl-m.de

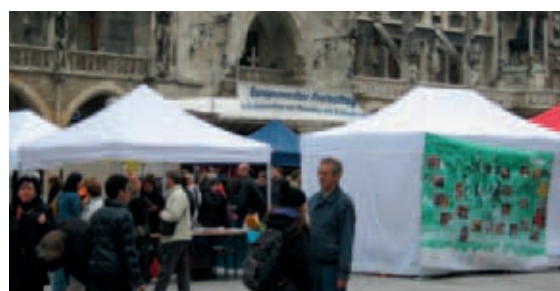


Internationaler Gleichstellungstag für Menschen mit Behinderung

am 05. Mai auf dem Marienplatz

Der GL war zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Münchner Gesundheitsinitiativen mit einem Informationsstand vertreten, den Pavillon hatte wie im Vorjahr die SHG Zöliakie bereitgestellt - Danke. Trotz der kalten Temperaturen fanden sich viele Interessierte auf dem Marienplatz ein, so dass viele Gespräche und ein reger Informationsaustausch möglich war.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte, die den Tag



organisiert hatte, lud anschließend noch zu einem Imbiss und Gesprächen ein.

ck



Mitgliederversammlung 20.4.2010

Informieren - Zuhören - Diskutieren - Kommunizieren



Vielen Dank
für's Mitgestalten!



Space Pharma unterwegs

Schluck & weg, die Straßentheatergruppe der BUKO Pharma-Kampagne, präsentierte vom 9.-22. Mai ein schräges Weltraumabenteuer in 12 deutschen Städten, von Bielefeld bis Bayreuth. Im Brennpunkt der Kritik stand unethische Arzneimittelwerbung weltweit.

Der Plot: Praktikant Andi absolviert ein freiwilliges galaktisches Jahr auf dem Raumschiff von Space Pharma und macht dabei

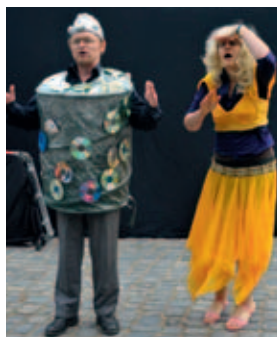
bestürzende Entdeckungen. Im reichen Norden der Galaxie werden andere Medikamente vermarktet als im armen Süden. Teure AIDS-Medikamente sind auf armen Planeten nicht zu haben, weil sie unerschwinglich sind. Stattdessen erfindet Space Pharma dort neue Anwendungsbereiche für seine Pillen. Und auch sonst gibt es so manches krumme Geschäft Wir geben hier ein paar Impressionen vom Stück.

Lara Love zu Praktikant Andy:
"Und ganz wichtig: Die grünen Pillen vertreiben wir zwar überall, aber auf den armen Planeten wirken die gegen viiiiieel mehr Krankheiten..."

Nr. 4-5 Mai/Juni 2010



Babies vom Uranus, der verdächtig Indien ähnelt: "Wir haben Hunger, Hunger, Hunger..." Lara Love: "Unsere Vitaminpillen helfen so toll gegen die Folgen von Unterernährung. Sie machen auch diese kleinen Gehirne wieder fit."



Roboter: „Achtung, Achtung! Vitaminpillen helfen nicht gegen Unterernährung. Das ist rausgeschmissenes Geld.“



Drei Models besingen bei einem Ärztekongress die angeblichen Vorteile einer Verhütungspille: „Willst du so aussehen wie wir, nimm Bella-nara, -nara zu dir.“ Die Nebenwirkung wird einfach weggeschubst.



Mars, der unter AIDS, Tuberkulose und Malaria leidet: "Eine Spritze gegen Schweinegrippe und Gebärmutterhalskrebs? Nicht grade das, was ich brauche, aber man nimmt ja, was man kriegen kann. Also rein damit."



Saturn: "Oh Mann, diese Erkältung!!!" Im nächsten Augenblick wird er vom Space-Pharma-Raumschiff mit Antibiotika bombardiert.



Andy: "Aber das geht doch nicht! Falscher Antibiotika-Einsatz fördert Resistenzen, hat Robby gesagt."

Alle Fotos: Jörg Schaabser

Mit freundlicher Genehmigung aus dem PHARMA-Brief 4-5/10. Hintergrundinformationen gibts unter www.bukopharma.de



Am Rotkreuzplatz fand sich ein gut besuchter Spielort.

Galaktischer Blödsinn - oder - die Teilung der Welt macht auch vor dem Weltraum nicht Halt.

Schluck & weg, die Straßentheatergruppe der BUKO Pharma-Kampagne, präsentierte ein schräges Weltraumabenteuer. Im Brennpunkt der Kritik stand unethische Arzneimittelwerbung weltweit. Unsinnige altbekannte Medikamente und Neuheiten ohne medizinischen Zusatznutzen, aber mit neuem Patentschutz gegenüber bewährten Mitteln beschern der Pharmaindustrie traumhafte Gewinne. Das kann man im Wirtschaftsteil jeder Zeitung nachlesen.

Dennoch ist das Vertrauen vieler Menschen in die „forschende“ Pharmaindustrie noch ungebrochen und man schluckt, was die Pillenlobby den Doktores mit subtiler Indoktrination und mit halboffener Bestechung als wirkungsvolle Hilfen für die kranke und die gesunde Menschheit nahebringt – das Vertrauen in den Arzt als weiteres gewinnmaximierendes Verkaufsargument.

Wo das nicht reicht, hilft noch der Hinweis auf Schönheit, Leistungssteigerung und Glück.



Nr. 4-5 Mai/Juni 2010

SALE

Die neue Müdigkeit: Es hat ja doch keinen Sinn...!

In den letzten Ausgaben unseres Rundbriefes fehlte jeweils ein sehr wichtiger Beitrag: Die PatientInnen-Seite. Die Zahl der Ratsuchenden, die in den Gesundheitsladen kommen, nimmt zu. Die Zahl der Ratsuchenden, die ihrer Stimme an dieser Stelle Ausdruck verleihen wollen, nimmt ab.

„Es nützt ja doch nichts!“ so schätzen angefragte Versicherte das Gewicht ihrer Mit-Gestaltungsmöglichkeiten im Gesundheitswesen ein.

Wir sehen das anders und ermuntern weiter und halten die Seite auch künftig frei, auf dass Betroffene sich Gehör verschaffen können!



Krankenhaus unter den Bedingungen der verschärften Konkurrenz - „Wo bleiben die Patienten und die Mitarbeiter?“

Ein brisantes Thema. Ein hochkarätig besetztes Podium. Trotzdem: Es folgten nur 16 BesucherInnen der Einladung des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää) zum Besuch der Veranstaltung mit obigem Titel. Der unangenehme Nachgeschmack, den der vom Marburger Bund (mb) initiierte Streik hinterlassen hatte, veranlasste den Veranstalter, die beiden Gewerkschaften, die Patienten, einen Krankenhaus-träger und einen aktiven Krankenhausarzt aus den eigenen Reihen auf das Podium zu rufen. Die Diskutanten setzten sich mit folgenden Fragen auseinander:

Welche Auswirkungen haben die Tarifabschlüsse auf



die Patientenversorgung und die Arbeitssituation der Beschäftigten, auch im Hinblick auf die Nullrunde 2011?

Muss das immer knapper werdende Geld automatisch zu einer Verschlechterung der Patientenversorgung führen? Dr. Christoph Emminger (Vorsitzender Marburger Bund, Bayern): „Tarifpolitik sollte nicht mit Gesellschafts- und Sozialpolitik vermengt werden.“ Dominik Schirmer (Landesfachbereichsleiter ver.di Bayern) dagegen sieht Tarifpolitik als ein Element der Gesundheits- und Sozialpolitik. Manfred Greiner (Vorsitzender der Geschäftsführung, StKM GmbH): „Geld wird nicht zur Verbesserung der Arbeitssituation beitragen können, da das Geld durch das Ent-

geltsystem ... begrenzt ist.“ Ursula Bär (Patientenfürsprecherin, StKM, Klinikum Schwabing): Sie erlebt sehr häufig, dass Patienten immer wieder Verständnis für die Situation der Beschäftigten zeigen, obwohl sie für sich in der Versorgung Defizite äußern. Gleichzeitig ist es klar, dass eine Berufsgruppe automatisch weniger bekommen muss, wenn die andere Berufsgruppe mehr bekommt. Dr. Peter Hoffmann (Mitglied des erweiterten Vorstands des vdää) bezweifelt, ob immer das Beste für die Patienten dabei heraus kommt, wenn invasive Medizin belohnt und Abläufe immer weiter optimiert werden. Auf das Befinden der Patienten kann unter diesen Bedingungen immer weniger Rücksicht genommen werden.

Der ausführliche Text ist nachzulesen im aktuellen Rundbrief unter www.vdaa.de. (Quelle: vdää-Rundbrief Nr. 2/2010) wk

Leitlinie Gesundheit

Wie soll sich München weiterentwickeln? Dies wird seit den 90-er Jahren erarbeitet und veröffentlicht. Immer wieder wird die Öffentlichkeit eingeladen, sich darüber zu informieren und mitzureden. Unter dem Titel „Perspektive München“ finden sich schon viele Leitlinien zu Wirtschaft, Soziallem, Ökologie, Verkehr usw. auf www.muenchen.de

Wir berichteten von den Veranstaltungen zur „Leitlinie Gesundheit“.

Nun wurde vom RGU zusammengefasst, was Verwaltung und Bürger erarbeitet haben. Das WHO-Ziel „Gesundheit für alle“ wird konkretisiert und für benachteiligte Gruppen die Wege zu Prävention und Versorgung erleichtert. Prävention und Gesundheitsförderung, eine gesundheitsförderliche Umwelt, und bedarfsgerechte Versorgung sind Themen. In Leitprojekten wird beispielhaft die Umsetzung gezeigt.

Nun kommt es darauf an, dass diese Leitlinie gegenüber anderen Zielen nicht ins Hintertreffen gerät.

Die 42-seitige Broschüre kann auch im Gesundheitsladen abgeholt oder unseren Mitgliedern und Freunden zugeschickt werden.





„Heilmittelwerberecht“,
Dr. Hans-Georg Riegger, 2009,
Verlag C.H. Beck, 263 Seiten,
€ 39, ISBN: 978-3-406585227

Der Bereich des Heilmittelwerberechts ist von jeher von besonderer Bedeutung; nicht zuletzt, weil durch heilmittelwerberechtliche Vorgaben die Zulässigkeit nahezu jeglicher Werbung im heilberuflichen Bereich bestimmt wird. Die Vorschriften des „Gesetzes über die Werbung auf dem Gebiet des Heilwesens“ finden überall dort Anwendung, wo für Produkte bzw. Leistungen aus dem Gesundheitsbereich geworben werden.

Auch wenn es keine leichte Kost ist, bietet das Buch: „Heilmittelwerberecht“ von Dr. Hans-Georg Riegger eine systematische Darstellung des Werberechts im Gesundheitswesen.

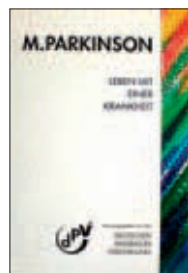
Der Autor kommt aus der Praxis. Er vertritt als Rechtsanwalt in seiner Freiburger Kanzlei seit Jahren Unternehmen der pharmazeutischen Industrie in wettbewerbsrechtlichen Auseinandersetzungen gerichtlich und außergerichtlich.

Daher eignet sich das Buch sowohl für Juristen in den Rechtsabteilungen und spezialisierte Anwälte als auch für Praktiker aus den Unternehmen und dem Marketing. Es enthält eine systematische Darstellung des gesamten Heilmittelwerberechts auf der Basis der neuesten Rechtsprechung.

Das Werk ist Teil der Reihe: Pra-

xis des Gewerblichen Rechtsschutzes und Urheberrechts. Diese Neuerscheinung behandelt das komplette Heilmittelwerberecht zusammenhängend und systematisch. Der Leser erhält eine kompetente und verständliche Hilfestellung bei der Klärung werberechtlicher Fragen im Gesundheitssektor. An den entscheidenden Stellen wird auch die Harmonisierung des Rechts der Arzneimittelwerbung auf europäischer Ebene berücksichtigt.

Durch die Orientierung der Kapitel an der Gesetzessystematik des Heilmittelwerbegesetzes kann dieses Buch auch als Nachschlagewerk genutzt werden.



„Parkinson. Leben mit einer Krankheit“, Deutsche Parkinsonvereinigung e.V., 2009, Klario-Verlag, 198 Seiten, 12,90€, ISBN: 978-3-9813066-0-6

In der Bundesrepublik Deutschland leben zur Zeit etwa 250.000 bis 400.000 Menschen, die an „Morbus Parkinson“ erkrankt sind. Für sie und andere Interessierte liefert das Buch wichtige Informationen. Elf Autoren behandeln das Phänomen aus unterschiedlichen Perspektiven: Der Namensgeber James Parkinson und seine Lebensleistung werden vorgestellt. Dann wird ausführlich die Diagnose Parkinson dargestellt und gegen andere Krankheiten abgegrenzt. Es wird auf medikamentöse Therapien und Nebenwirkungen gründlich eingegangen, auch operative Methoden werden vorgestellt. Behandelt werden auch psychologische Aspekte

und wie oft Demenz auftritt. Diese oft schwere Kost wird lesbar gemacht durch die Beiträge von betroffenen Patienten, die einen Einblick geben in ihre persönlichen Erfahrungen und ihre Strategie, mit der Krankheit umzugehen. Sie erzählen, wie sie mit der Diagnose, Familie, Freunde und Umfeld umgehen, mit der Erkrankung, den Begleitbeschwerden, Medikamenten und Ärzten zurechtkommen. Nicht zuletzt berichten sie vom Berufsleben, Freizeitaktivitäten und Reisen mit Parkinson. Ein empfehlenswertes Kompendium, in dem sich auch einzelne Kapitel mit Gewinn herausgreifen lassen.



„Privatisierung von Krankenhäusern – Erfahrungen und Perspektiven aus Sicht der Beschäftigten“

Hrsg. Nils Böhlke/Thomas Gerlinger/Kai Morsebach/Rolf Schmucker/Thorsten Schulte, 2009, VSA Verlag, 18,80€, ISBN: 978-3-89965-347-2

Verfasst von Gewerkschaftsvertretern, WissenschaftlerInnen und Betriebsräten privater und öffentlicher Krankenhäuser wird in 14 Artikeln die Privatisierung von Krankenhäusern meist kritisch bewertet und aus verschiedenen Perspektiven nicht nur für Fachpublikum beschrieben. Es wird z.B. grundlegend auf den Begriff Ökonomisierung im Gesundheitswesen eingegangen und dargestellt, was unter einem privaten Krankenhausträger zu verstehen ist und inwieweit sich dieser von einem

freigemeinnützigen oder öffentlichen Krankenhaus unterscheidet.

Der Privatisierungsprozess und dessen Folgen werden an konkreten Beispielen aus Deutschland erklärt. Zudem liefert das Buch zum internationalen Vergleich auch einen Überblick über verschiedene Krankenhausysteme in Europa sowie über das Krankenhauswesen in den USA.

Zudem soll diskutiert werden, ob es auch noch andere Wege als die Privatisierung gibt, um zu einer Sicherung des zentralen Themas, der Versorgungsqualität in Krankenhäusern zu gelangen. Als Alternative wird die wachsende Privatisierungsskepsis der Bevölkerung genannt und auf Beispiele, bei denen sich die Bevölkerung erfolgreich gegen die Privatisierung öffentlicher Krankenhäuser z.B. durch Volks- oder Bürgerentscheide durchgesetzt hat, verwiesen. Es wird jedoch auch hervorgehoben, dass in öffentlichen und freigemeinnützigen Krankenhäusern ebenfalls rationalisiert wird.

Neben den Folgen für die Beschäftigten werden auch Gründe für die Entwicklung zu einer immer häufigeren Privatisierung und Rationalisierung aufgezeigt. Das Buch liefert zudem einen guten Überblick über die aktuellen Entwicklungen. Konkrete Lösungs- und Veränderungsvorschläge werden jedoch nur ansatzweise genannt. In diesem Zusammenhang wird auf die Politik verwiesen und nach einem Richtungswechsel in der Gesundheitspolitik verlangt, um ein „menschenwürdiges Gesundheitssystem zu schaffen bzw. wiederherzustellen“.

